

Katholische Reformgruppen fordern mehr Mitspracherecht

Fulda

Katholische Reformgruppen aus aller Welt fordern in einem gemeinsamen Appell mehr Mitbestimmung in ihrer Kirche. Einen entsprechenden Brief, der am Mittwoch weltweit verbreitet wurde, stellte die Laienorganisation «Wir sind Kirche» am Rande der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda vor.

Mehr als 100 Initiativen fordern Papst Franziskus und die Kardinäle darin auf, Priestern, Ordensleuten und Laien eine stärkere Teilhabe an Entscheidungen in der Kirche zuzugestehen. Damit wollen sie auch Einfluss auf die Auswahl von Bischöfen gewinnen. Dialog solle eine autoritäre Herrschaftsausübung ersetzen.

Der Brief ging den Angaben zufolge am 20. September an den Papst und seine Berater. Er werde von mehreren Millionen Katholiken in fast 40 Ländern unterstützt, sagten Vertreter von «Wir sind Kirche».

Die Initiative warf den in Fulda versammelten Bischöfen vor, Frauen zu diskriminieren, weil sie nicht zu Weiheämtern zugelassen und bei der Besetzung von Führungsposition vernachlässigt würden. Die Oberhirten schlugen bei der Diskussion über das Thema nur «theologische Pirouetten», sagte Sprecherin Elfriede Harth. Der seit 2011 laufende Gesprächsprozess mit der Kirchen-Basis gehe auch nur mäßig voran.

Update 15 Uhr: Die katholische Kirche fordert mehr deutsche Hilfe für syrische Flüchtlinge. Es reiche nicht aus, nur 5000 Menschen aus der Krisenregion in Deutschland aufzunehmen, sagte Bischof Norbert Trelle (Hildesheim) in Fulda bei der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz (DBK). Die gebotene Höhe des Kontingents zu benennen, sei aber nicht Aufgabe der Kirche, sondern der Politik, fügte der Vorsitzende der DBK-Migrationskommission hinzu. Nötig sei eine gemeinsame Flüchtlingspolitik auf europäischer Ebene.

Oliver Müller von Caritas international wies darauf hin, dass die Spendenbereitschaft in Deutschland relativ gering sei. «Bedauerlicherweise steht nur verhältnismäßig wenig Geld aus Privatspenden zur Verfügung.» Bisher hätten die katholischen Hilfswerke für die Versorgung der Bürgerkriegsopfer in Syrien mit dem Lebensnotwendigsten 13 Millionen Euro eingesetzt. Die Bundesregierung habe Hilfsleistungen im Gesamtwert von 432 Millionen Euro für Syrien zur Verfügung gestellt.

Im Bürgerkrieg in Syrien wurden nach UN-Angaben bisher mehr als 100 000 Menschen getötet, sieben Millionen weitere Menschen sind auf der Flucht. Die Bischöfe sprachen mit Blick auf das Flüchtlingsdrama von der größten humanitären Katastrophe der vergangenen zehn Jahre. Bischof Stephan Ackermann (Trier) sagte, es sei ein «Schande», dass die internationale Gemeinschaft unfähig sei, das Morden zu beenden.

<http://www.fuldaerzeitung.de/artikelansicht/artikel/803132/regional+fulda/katholische-reformgruppen-fordern-mehr-mitspr>

Zuletzt geändert am 25.09.2013